

Bezugsgebühr:
Monatsheft 2 Mk. 10 Mk. 1 Mark
Die Zeit 5 Mk.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich zweimal; die Beilage in
Trikot und berühmter Umgebung,
so die Ausgabe durch einen kleinen
oder Kommissionär erfolgt. erhalten
bei Stadt an Poststempeln, die
nicht auf Sonn- oder Feiertagen liegen,
in zwei Tagen ausgetragen werden
und bezogen werden.

Die Blätter einerseits sind
nicht ohne Bedeutung.

Berichtszeitung:
Mittwoch 1. Nr. 11 und Nr. 2000.

Telegraphen-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.

Hoflieferanten des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.

Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Haus-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Anzeigen-Carif.

Die Annahme von Anzeigen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebengeschäftsstellen in Dresden bis Mittwoch 3 Uhr. Sonn- und Feiertage nur Marienstraße 38 von 11 bis 14 Uhr. Die 1 halbe Seite kostet 10 Mk., die 2 halben 20 Mk., Anzeigen auf der Unterseite Seite 25 Mk.; die 2 Seiten 30 Mk. „Gewerbst“ über auf Zeitung 50 Mk.

Die Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1. bis 1000. Gewerbst 30, 40 bis 50 und 60 Mk. nach bestelltem Tarif.

Kaufmännische Anzeigen nur ohne Herausgabe.

Zeitungsläden werden mit 10 Mk. bezahlt.

Otto Bischoff, Kolonialwaren-
Handlung

17 Uhlandstrasse 17

Filiale der "Dresdner Nachrichten".

Annahme von Inseraten u. Abonnements für obige Zeitung.

Gummi-Schuh-
Sohlen- u. Absatzplatten

In Gummi-Lösung Rob-Perec etc. für

Gummistiefel und Gummisohlen.

Fertigpreis 1,250.- Reichsleiter, Gummifabrik

Wettinerstr. 26 Reinh. Leupolt, Dresden-Kommitz.

H. Grossmann
Nähmaschinen.

Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5,

Reichenstraße 41 (Ecke Kriegerstraße), im Edikt: Neukirchstrasse 13,

und bei Herrn Max Baumann, Dresden 2., an der Kreuzkirche 8.

Artikel zur Krankenpflege

Fr. 42. Spiel: Lösung der Ministerkrise. Bund der Landwirthe. Landtag. Fortwarten. Georgenschlag. Wirtschaftliche Bitterung. Veränderlich.

Das Ende der Ministerkrise.

Nach einer in dem gehöriger Theile der gestrigen Abendausgabe bereits enthaltenen Bekanntmachung hat das "Dresdner Journal" folgende Mitteilung gebracht:

Se. Majestät der König haben gerufen wollen, dem Staatsminister Werner v. Wahldorf auf ein neues Ansuchen die Entlastung aus dem Staatsdienste unter Belassung von Titel und Rang eines Staatsministers in Gnaden zu bewilligen. Seine Majestät der König haben sich nicht bewegen gefunden, den von den Staatsministern v. Regisch, v. d. Blank, Dr. v. Seydelwitz und Dr. Rüger eingereichten Entlassungsgegenstücke stattzugeben und haben bei Eröffnung dieser Allerhöchsten Erichthaltung zugleich gerufen, die benannten Gegegnen der Fortdauer Allerhöchstes vorläufig zu versichern. Se. Majestät der König haben Allerhöchstes gerufen, dem Staats- und Justizminister Dr. Rüger die Leitung des Finanzministeriums zu übertragen und demselben bis auf Weiteres mit der Fortführung der Geschäfte des Justizministeriums zu beauftragen.

Herrn ist dem bisherigen Finanzminister Herrn v. Wahldorf folgendes Handschreiben Sr. Majestät des Königs zugegangen:

"Mein lieber Minister von Wahldorf!

Ihrem Ansuchen entsprechend habe ich durch Erlass vom heutigen Tage Ihre Entlassung aus dem Staatsdienste bewilligt. Indem ich aus diesem Anlaß Ihnen Gedanken darüber Ausdruck gebe, daß ich in Zukunft Ihren verdienstlichen Rat und Weisheit weiter entnehmen müssen, lyreche Ich Ihnen zugleich für die mir, Ihnen sowie dem Lande während Ihres langjährigen Wirkens geleisteten treuen Dienste Meinen Dank aus und versichere Sie der Fortdauer Mein Wohlwollen. Ihr wohlgemogener Albert."

Mit diesen idyllischen Entwicklungen hat die Ministerkrise dienliche Elegie gefunden, die in allen patriotischen Kreisen Sachsen übereinstimmend gewünscht wurde und auf die auch in der Zweiten Kammer sowohl der konservative wie der nationalliberale Wortführer hinwiesen, indem sie ausdrücklich erklärt, ihre Angriffe richteten sich nicht gegen die Regierung in ihrer Gesamtheit, sondern ausschließlich gegen den Finanzminister.

Der neue Finanzminister Herr Geheimerat Dr. Rüger, an dessen Stelle als Leiter des Justizministeriums dem Vernehmen nach Herr Geheimerat Dr. Bömer treten darf, ist, soweit sein finanzielles Können in Frage kommt, eindeutig so ziemlich ein "unbeschriebenes Blatt". Man erinnert sich nur, daß Dr. Rüger als früherer Geheimer Finanzrat sowie als zweiter Bürgermeister von Dresden vielfachen Einblick in finanzwirtschaftliche Angelegenheiten erhalten hat. Die öffentliche Meinung Sachsen wird die gebürtigen Schwierigkeiten, unter denen er sein Amt antritt, vollaus zu würdigen wissen und herzlich wünschen, daß seine bedeutenden Fähigkeiten als Jurist und Organisator, die sich in keiner bisschen Carrisse hervorragend bewährt haben, ihn auch bei der Leitung unserer Landesfinanzen auf die Höhe des Erfolgs führen mögen, zu seiner persönlichen Ehre und zum Heile der allgemeinen Wohlthat. Ein wesentliches Hilfsmittel für den neuen Finanzminister bildet seine parlamentarische Gewandtheit und Bereitschaft, die er wiederholt im Reichstage als jährlicher Bundesstaatsbevollmächtigter gegenüber der Sozialdemokratie bezeugt hat.

Den scheinbenden Finanzminister Herrn v. Wahldorf werden die baldvollen Worte des königlichen Handelsreibens den unter so peinlichen Umständen vollzogenen Rücktritt von den Amtsgeschäften weitaus erleichtern und ihn nochdringlich für so manche Bitterung entzündigen, die er während der Führung der Geschäfte hat durchsetzen müssen. Deut, wo die Lage sich gefährdet hat und die Gewinnerwerben im Abzuge begriffen sind, wird auch Denen, die sich tatsächlich zu den schärfsten Gegnern des Finanzministers rechnen möchte, keinen Augenblick Bedenken tragen, dem bissigen Vetter der sächsischen Landesfinanzen ein wohlwollendes Wort persönlicher Teilnahme mit auf den Weg zu geben. Ein solches loyales Verhalten gegenüber Herrn von Wahldorf wird der öffentlichen Meinung dadurch wesentlich erleichtert, daß er sich keinerlei in seiner Weise beflissen gezeigt hat, die Nachfolgerschaft des verstorbenen Herrn von Thümmel anzutreten. Herr von Wahldorf übernahm wie ein Soldat, der auf Befehl seines Kriegsherrn in's Feuer geht, das verantwortungsvolle Amt, dessen eigentliche Größe er erst in ihrer ganzen Schwere empfand, als der entscheidende Schritt schon geschehen war. Es steht sich dann im Laufe der Zeit, die finanziellen Schwierigkeiten der Lage hätten, desto klarer stellte sich auch der Mangel an schwächerer Beleidigung und thastätiger Initiative in der Person des Herrn von Wahldorf heraus, und da ihm auch die nur so leidlich verliehene Gnade der Wahl des richtigen Augenblicks zum Rücktritt nicht bereit war, so konnte die Katastrophe nicht ausbleiben. Vielleicht hätte Herr von Wahldorf die Unglückslichkeit seiner Kraft sich selbst früher eingeschrieben und unerbittlich die sich daraus ergebenden Konsequenzen ziehen sollen.

Auch die leiste nach der Lösung der Ministerkrise noch übrig bleibende Schwierigkeit, die Erledigung der Verfassungsgesetzfrage, mag jetzt infolge wesentlich erleichtert erscheinen, als mit

dem endgültigen Rücktritt des Herrn von Wahldorf diejenige Persönlichkeit, der die Verantwortung für die Mängel der Finanzverwaltung verantwortungsmäßig allein zugeschlagen werden mußte, von der Bildfläche verschwunden und dadurch die Bahn für die Verständigung frei gemacht ist, die bei gutem Willen beider Theile, der Regierung sowohl wie der Volksvertretung, nunmehr zu finden sein wird. Thatsächlich weiß denn auch das "Dresdner Journal" bereits zu melden, daß die Angelegenheit der Chemnitzhalbahn zum Gegenstand einer erneuten Befreiung in der Finanzdeputation B der Zweiten Kammer gemacht werden solle. Das amtliche Blatt hat hinzu, es sei Gewähr geboten, daß dabei die entstandene Differenz in bestiedigender Weise ihre Erledigung finden werde.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe.

Die 9. große Versammlung, die der Bund der deutschen Landwirthe seit seiner Gründung in der Reichshauptstadt abgehalten hat, stand am Grunde der äußeren Eindrücke den früheren Versammlungen dieser Art, nicht nur in nichts nach, sondern übertraf diese sogar die meisten und erinnerte vielleicht an die Gründungsversammlung im Jahre 1803, die der politischen Welt ein noch lebt in der Erinnerung der Zeitgenossen ungetrübtes und untrügliches Bild von der geschlossenen einheitlichen Widerstandskraft und dem mächtigen unwägbaren Lebensdrange der deutschen Landwirtschaft bot. Auch die jetzige Versammlung ließ den Gegnern der ländlichen Interessen nicht den leisesten Zweifel darüber, daß sie aufserkelt Unmöglichkeit, leinerlei Verfehlung in den Reihen der deutschen Landwirthe zu rechnen haben; diese sind nach wie vor fest gefügt, genauso Bödermann auf Bödermann, und mit strammen Tritten maniert die ganze gewaltige Kolonne, gelenkt von einem einheitlichen Willen, dem Ziel eines stützigen Schutzes der ländlichen Produktion entgegen. Dem unparteiischen Beobachter, der sich in unterer von so manches schwächeren Gedanken Blasie angekämpften Zeit noch ein gefundenes Empfinden für die nationale Bedeutung einer wirtschaftlich und physisch wichtigen Landbewohnerung bewahrt hat, thut eine so lebendige Offenbarung des ursprünglichen Kulturbewußtseins, wie sie in den Generalversammlungen des Bundes der Landwirthe zu Tage zu treten pflegt, ungemein wohl. Als treibendes, anregendes, austiftendes Element erfüllt der Bund der deutschen Landwirthe die ihm von der Natur der Verhältnisse zugewiesene Aufgabe mit vollem Erfolge, und das Vertrauen, daß die Landwirthe in ganz Deutschland in seine Leistung setzen, besteht sicher als alle Worte die Thatache, daß er im lebhaftesten Geschäftsjahr wieder um 18.000 Mitglieder gewachsen ist und daß von seinem Gesamtbestande 87 Prozent dem Kleingrundbesitz, 12½ Prozent dem mittleren Besitz und nur ½ Prozent dem Großgrundbesitz angehören.

Doch im Uebrigen zwischen den Gedanken, die direkt bei emanzipierten wohnen, und den Sachen, die sich dort im Raum stauen, die richtige Grenze gefunden wird, dafür sorgt, wie überall im Leben, so auch in dem wirtschaftlichen Kampfe der Vort der Dinge bis zu einem gewissen Grade von selbst. In der praktischen Politik ergeben sich aus der Notwendigkeit des gleichzeitigen Nebeneinanderbestehend verschiedenartiger Interessengruppen für die Erfüllung und Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse einer einzelnen Richtung mancherlei Schwierigkeiten und Hemmungen, die schließlich seid der höchsttreibenden Begeisterung Wäßigung ausüben, sofern nur an maßgebender Stelle überhaupt der ernstliche Wille zur Herbeiführung eines annehmbaren Ausgleichs erkennbar ist. Dass die leitgedachte Vorbedingung zur Zeit bei uns gegeben erscheint, kann nach der ganzen Haltung der verbündeten Regierungen und nach allen amtlichen Verlautbarungen des Reichskanzlers durchaus nicht beweist werden, und der Verlauf der Berliner Versammlung läßt denn auch im Ganzen den Schluss zu, daß die Anwesenden trotz aller natürlichen Kampfeslust doch von den wiederholten nachdrücklichen Warnungen des Reichskanzlers vor unannehbaren Überforderungen nicht ganz unbeeinflusst geblieben seien. Es hat früher Generalversammlungen des Bundes der Landwirthe gegeben, die an Zahl der Teilnehmer und äußerem Aufwand an die zeitige nicht herantreten und doch weitans mehr überzeugendes Temperament zeigten. Ueber der diesmaligen Versammlung schwiebe, ungeachtet aller scharfen Accente, die einzelne Redner zu finden wußten und in ihrem Milieu auch finden müssten, ein gewisses Verantwortungsbewußtsein und stimmte den Ton der gehaltenen Reden mit wenigen Ausnahmen auf eine Wäßigung, die zu der Hoffnung berechtigt, daß das große Werk des Schaffens der nationalen Arbeit schließlich doch durch alle Klippen hindurch in den sicherer Hafen gelangen werde.

Auch das führende konservative Organ, die "Kreuzzeitung", hat sich nach der letzten Rede des Reichskanzlers entschieden zu Gunsten eines Ausgleichs ausgesprochen. Das genannte Blatt schreibt u. a.: "Wer die Mittelstraße geht, hat immer eine unabdingbare Rolle, und es gehört sicher weit mehr Charakter dazu, diese Rolle zu behaupten, als auf die zu thun, die das Heil in ungemeinen Forderungen suchen, ungewissem vor Allem deshalb, weil dabei nicht beachtet wird, daß andere auch ein Wort mitreden haben und daß alle Mittel fehlen, um sie mundtot zu machen." Gleichzeitig betonte aber dasselbe Blatt auch, daß hinter einer be-

stimmte Linie nicht zurückgewichen werden dürfe, weil sonst das Blitzen um den Zolltarif zweifellos erscheine". Wo nun diese bestimmte Linie nach der Ansicht des Bundes zu finden ist, darüber gab Dr. Oskar Hahn Aufschluß. Er erklärte, Landwirtschaft und Industrie bedürfen beide erheblicher Korrekturen der Tarifvorlage. Aufhebung der Meistbegünstigung gegenüber Nordamerika, Ursprungszwölfe gegenüber nordamerikanischer Ware oder auch argentinischer Ausfuhr seien schlechweg notwendig. Ohne umfassende landwirtschaftliche Windstille werde die Landwirtschaft in den neuen Handelsverträgen doch bluten müssen; das würde eine Verminderung der Kleinbevölkerung, eine schwache Vermehrung der Migranten und eine erhebliche Zunahme des Proletariats bedeuten. Man werde hart und fest, mit Nerven und Blut" fechten und vor gehen. Herr Dr. Hahn sprach ja in seiner Art sachlich genug, aber immerhin ist es doch bemerkenswert, daß wieder er noch ein anderer Redner sich an bestimmte Einzelzölle für Getreide unabänderlich verpflichtete. Gerade hier eröffnet sich deshalb die Aussicht auf das Zustandekommen eines Kompromisses, das trotz der jüngsten Rede des Reichskanzlers immer noch von einem Theil der Preise innerhalb bestimmter enger Grenzen für möglich gehalten wird. Darüber ist man keineswegs so ziemlich auf allen Seiten einig, daß die Zolltarifvorlage unbedingt als gefallen zu betrachten ist, wenn die Mehrheit auch nur auf einem Windstille von 6 Mk. für alle vier Getreidestrukten beharrt hätte, wie er dem Vernehmen nach auf Anregung des Freiherrn v. Hart von den schwarzägyptischen Mitgliedern der Tafelkommission anfänglich in Aussicht genommen war. Hingegen meinen die "Hamb. Nachrichten", eine Erhöhung des Minimalzolls für Weizen allein bis auf 6 Mark ließe sich wohl durchdringen und hierfür sei auch das Einverständnis des Direktoriums des Centralverbands deutscher Industrieller gesichert. Dagegen wird von nationalliberaler Seite gemeldet, der Reichskanzler habe dem Reichstagabgeordneten Prinzen Arenberg erklärt, die Regierung werde durchaus zu keiner andeutigen Erhöhung zu bewegen sein als zu einer Hinausstellung des in der Vorlage auf 3 Mark normierten Zolles auf Getreide.

Nächst Herr Dr. Hahn übte der Bundesvorsitzende Dr. Hörsel die schärfste Kritik an der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen durch die Regierung. Alle drei Nachfolger Blasius' ließ er unerbittlich Revue passieren, zerstörte ihre amtliche Thätigkeit unbarsig und spottete über die "Bestiabil-Breedt-Sammlung" des Freiherrn v. Bülow. Nach ihm gab Freiherr v. Wangenheim, derzeitig, auf diesen Antrag dieser Tage im Deutschen Landwirtschaftsrat von der Beurtheilung über die Zolltarifvorlage Abstand genommen wurde, ein allgemeines Bild der augenblicklichen Lage und wandte sich vornehmlich gegen das mancherlei Bündnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie. Bei diesem Theile seiner Ausführungen wurde der Redner mehrfach von lebhaften Zustimmungsbewegungen unterbrochen. Er meinte, es sei kaum noch ein Unterschied in der Farbe, wenn heute Freisinn und Sozialdemokratie auf dem Platz erscheinen; die "innere Couleur" sei schon ganz dieselbe. Der Weizen dieser Herren könne nur dann blühen, wenn die deutschen Landwirthe ruhig und von ihrer Scholle gedient werden. Das Verhältnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie kennzeichnete der Redner des Nächsten mit folgenden markanten Worten: "Wir kommen die Freisinnigen heute immer so vor wie der Vorländer und der Nüsseläder, die allmählich den gesunden Baum antreben, und dann treibt von unten her der Schwamm und der Pilz nach, der den Baum zu Falle bringt. So bilden sich die Freisinnigen heute mit ihrer Verbündung und Vereindung in diejenigen Bevölkerungsklassen, die uns nicht feindlich gegenüberstehen, aber doch sich gegen uns bekehren lassen; über ihnen aber rückt die Sozialdemokratie. Alles verhindert und Alles mit sich treibend." Weiter wandte sich Herr v. Wangenheim gegen allzuviel Rücksichtnahme bei der Vertretung der landwirtschaftlichen Forderungen. Es sei sehr bequem, vor den Wahlen Reden zu halten und sich für das Wohl der Landwirtschaft zu begeistern; wenn es aber zum Kämpfen kommt bei der Gelegentlichkeit, dann können die Freisinnigen besser vor Rücksichten das Ende nicht zu finden.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Februar.

Machts eingehende Develichen befinden sich Seite 4.)

Berlin, (Biv.-Tel.) Reichstag. Die Verathung des Staats der Justizverwaltung wird fortgelebt. Abg. Bayer (Centr.) beschwerte sich über die Herabsetzung, welche der Anwaltsstand in der Zweiten Kammer erlitten habe, wo Neuerungen gefallen seien, wie die "vom großen Maßstab" der Anwälte. Die Zustände in Bayern seien ganz unheilbar und eine Gefahr für die Rechtsordnung, weil dort die Gebühren so niedrig seien, daß sie geradezu als ungewöhnliche Trübsalbeträume erscheinen, so daß sogar die Stelle als Verwaltungsbüro vorgezogen und amtlich als Verförderung bezeichnet werde. Der Anwaltsstand in Bayern sei daher der reine Laubensitz. Redner bittet den Justizminister, zu veranlassen, daß die vom deutschen Anwaltsverein geplante Rechtsanwaltschaft obligatorisch, also mit Zwangsbeitritt, gemacht und daß hier ein Reichsschulz gewählt werde. — Abg. Beck (fries. Volksp.) glaubt, daß solche Beschwerden besser vor den Anwaltsstand oder den Justiztag oder die bayerische Anwaltskammer hätte gebracht werden müssen und kann auch der Anregung wegen eines Reichsjustizfusses zur Rechtsanwaltschaft des Anwaltsstandes nicht bei-